

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Saben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: G. G. K. Hof, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Eingelassener 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25761. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Konvaleszenz-
zeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamenzeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 268

Dresden, Donnerstag den 19. November 1925

36. Jahrg.

Die tschechischen Wahlen

Von unserm deutschen Mitarbeiter in der Tschechoslowakei wird uns geschrieben:

Die alltschechische Regierungskoalition ist bei den Wahlen geschlagen worden, die oppositionellen Parteien haben mehr Stimmen bekommen als die Regierungsparteien, — aber trotzdem wird die bisherige Koalition, dank der Wahlreform, die ihr aus dem Verlangen der Stimmen kleiner oppositioneller Parteien führt, im Parlament über eine kleine Mehrheit verfügen. Allerdings wird diese Mehrheit so klein sein, daß man mit ihr auf die Dauer nicht auskommen kann und versuchen muß, Parteien, die bisher in der Opposition standen, zur Mehrheitsbildung mit heranzuziehen.

Uns interessiert natürlich vor allem das Schicksal der sozialistischen Parteien. Wie haben sie handgehalten? Nun, die deutschen Sozialdemokraten haben sich, nach einem mit größter Erbitterung von allen Seiten gegen sie geführten Angriff, auf ungefähr dem Stand erhalten, auf den sie die Gemeindevahlen im Jahre 1923 herabdrückten. Damals erhielten sie 393 000 Stimmen, diesmal 411 744 Stimmen. Gegenüber den ersten Parlamentswahlen im Jahre 1920, bei denen die deutschen Sozialdemokraten 689 589 Stimmen erhielten, bedeutet das Wahlergebnis vom 15. November eine Niederlage. Aber das Jahr 1920 kann nicht zum Vergleich herangezogen werden. Denn damals standen die Wähler noch unter dem Eindruck der Kriegs- und Revolutionsergebnisse, damals strömten zehntausende bisher Indifferenten und sogar Bürgerlicher zu unsern Jochen — und damals gab es noch keine Parteispaltung, keine die Arbeiter in die Arme der Bürgerlichen zurücktreibenden „Kommunismus“. Wir können also nur das Ergebnis der Gemeindevahlen vom Jahre 1923 zum Vergleich heranziehen. Da ergibt sich dann ein kleiner Stimmengewinn.

Zufrieden kann die Partei natürlich mit diesem Wahlergebnis nicht sein. Sie hat sich im großen ganzen behauptet, aber nicht neue Wählermassen heranzuziehen vermocht. Erstickt sind die deutschen Christlich-Sozialen, der Bund der Landwirte und die Volkens Kreuzer. Auch die Kommunisten haben in dem tschechischen Sprachgebiet Stimmen gewonnen, wenn sich auch nicht sagen läßt, wie stark ihr Gewinn an deutschen Stimmen ist, weil ja der Großteil ihrer Anhänger auch im tschechischen Siedlungsgebiet — mit Ausnahme der Reichengraber Gegend — aus tschechischen Arbeitern besteht, die dort auch beträchtliche Wählermassen bilden. Deutsche Nationalisten und Kommunisten vermengen die deutsche und tschechische Sozialdemokraten, lagten die deutschen Sozialdemokraten wegen der Regierungspolitik der tschechischen Genossen an. Und daß in einem Lande, in dem sich nationale und soziale Unterdrückung mischen, ein Teil der Wähler zu den sich am radikalsten gebärdenden Parteien, den Volkens Kreuzern und den Kommunisten, abzuwenden, ist nicht erstaunlich.

Die deutschen Sozialdemokraten, die im früheren Parlament 30 Abgeordnete hatten, werden im neuen nur 16 oder 17 haben. Viel ärger ist der Verlust an Abgeordneten, den die tschechischen Sozialdemokraten erleiden. Sie hatten im alten Parlament zuerst 74 Abgeordnete, nach der Parteispaltung noch 54. Sie werden jetzt nur ungefähr 30 Mandate bekommen. Im Jahre 1920 hatten sie 1 000 000 Stimmen, diesmal bekamen sie 631 113 Stimmen. Im Vergleich mit den Gemeindevahlen im Jahre 1923 ist nicht gut möglich, weil die tschechoslowakischen Sozialdemokraten außer in den sogenannten „historischen“ Ländern Mähren und Schlesien auch in der Slowakei und in Karpatenland kandidierten, wo damals Gemeindevahlen nicht stattfanden. Sie scheinen sich aber diesmal kaum wieder etwas erholt zu haben, denn sie bekamen bei den Gemeindevahlen in den historischen Ländern, bei den Gemeindevahlen in der Slowakei und bei den Parlamentswahlen in Karpatenland, die alle in der Zeit vom 16. September 1922 bis 16. März 1924 stattfanden, insgesamt 543 000 Stimmen haben also seither rund 75 000 Stimmen gewonnen. Die Kommunisten bekamen bei allen diesen Wahlen 964 000 Stimmen, diesmal 931 769 Stimmen, haben also etwas verloren. Allerdings darf man die Wahlergebnisse in der Slowakei und in Karpatenland, in diesen kulturell selbständigen Ländern, nicht als Gradmesser der politischen Lage der Wähler betrachten. Dort ist es sehr wohl möglich, daß Wähler, die 1920 sozialdemokratisch stimmten, im Jahre 1925 den Kommunisten ihre Stimme gaben und diesmal den Nationalen wählten. Immerhin: die Kommunisten sind die zweitstärkste Partei, nur die tschechischen Nationalen mit ihren 971 389 Stimmen stehen ihnen voran. Sie werden mit voraussichtlich 27 Stimmen die stärkste Fraktion sein.

Das ist der Erfolg der unentwegten Koalitionspolitik der tschechischen Sozialdemokraten, das Ergebnis einer Koalitionspolitik, die notwendig war, um die Republik zu sichern — denn sie war damals nicht bedroht, sondern gemacht wurde, um den tschechischen Charakter des Staates zu wahren, der von Völkern nicht zusammen. Diese Koalitionspolitik, die die tschechischen Genossen in die engste Nachbarschaft zu den reaktionärsten tschechischen Parteien brachte, zwang sie zu einer Politik, die nicht nur oft unpopulär, sondern oft geradezu den Grundfäden des Sozialismus und der Demokratie zuwider war. Terrorgeheim, Gesetz zum Schutz der Republik, Verschleierung des Freigeetzes, Getreibeisetz, Er-

Hindenburg für Locarno

Die Verlegenheit der Rechtspresse

S. Als Hindenburg im Frühjahr 1925 unter dem Druck der Deutschnationalen die wiederholt abgelehnte Kandidatur zur Reichspräsidentschaft schließlich doch noch annahm, wurde er von der „nationalen Rechten“ landauf, landab, in Wort und Schrift und an den Mastkolumnen als der „Retter“ gepriesen. Er sollte Deutschland besseren Zeiten entgegenführen, und deshalb wollte man sich ihm bei dieser schwierigen Aufgabe „ehrforchtvoll“ unterordnen. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß es mit dieser Ehrfürcht nicht sehr weit her ist und daß unter Deutschnationalen die Führereigenschaften des 78jährigen Hindenburg selbst nicht so einschlägig, als sie sich immer den Anschein geben. Kurz und gut: Vater Hindenburg ist über diese Behandlung, die nicht von deutscher Art zeugt, sehr erbost. In seiner Entrüstung brauchte er in bezug auf die deutschnationale Politik anlässlich seines Aufenthalts in Stuttgart das Bild von den „Schlen im Porzellanladen“. Ja, in seiner engeren Umgebung soll er sich noch viel klarer über die deutschnationale Verantwortungslosigkeit ausgesprochen haben.

Es ist begreiflich, wenn die deutschnationalen Schreier sich in ihrem Gegensatz zu Hindenburg nicht sehr wohl fühlen. Man kann auf die Dauer nicht den jetzigen Reichspräsidenten als den berufenen Retter und den größten Nationalhelden hinstellen, um im entscheidenden Augenblick seine Führerqualitäten zu verweigern, ohne im eigenen Lager bestimmte Zweifel hervorzurufen. Also greift man zu dem billigen Rezept der Lüge, um den deutschnationalen Spießhörn den Gegensatz zwischen der Partei und Hindenburg klar zu machen. Man behauptet einfach, daß die Unterschrift unter den Vertrag von Locarno ein formeller Akt des Reichspräsidenten ist und schlussfolgert: „Es ist völlig abwegig, wenn von gewisser

Seite die Haltung Hindenburgs zum Vertrag von Locarno als eine Billigung dieses Wertes hingestellt wird. Nach der Verfassung bleibt dem Präsidenten keine andere Wahl, wenn er nicht seine Unterschrift formell verweigern und dann die Konsequenz des Rücktritts von seinem Amte ziehen will.“

Abgesehen davon, daß Hindenburg in der letzten Kabinettsitzung dem Vertrag von Locarno ausdrücklich seine Zustimmung gegeben und ihn dadurch gebilligt hat, bedeutet die Rechtsauffassung der deutschnationalen Presse über die verfassungsmäßigen Vollmachten Hindenburgs eine bewusste Fälschung des Tatbestandes. Auf einmal wird Hindenburg, wie die Tägliche Rundschau mit Recht sagt, als ein Unterschriftenautomat hingestellt. Aber solange Ebert an der Spitze Deutschlands stand, hat die Rechtspresse von einer Einschränkung der Vollmachten des Reichspräsidenten durch die Verfassung nie etwas gemußt. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß der Reichspräsident durchaus in der Lage ist, eine „selbständige Entscheidung“ in dem zur Debatte stehenden Falle gegen den Willen des Kabinetts zu fällen. Mit Recht sagt die völkische Deutsche Zeitung in ihrer Mittwochsausgabe:

„Ratifiziert der Reichspräsident den Vertrag, dann billigt er ihn. Daran ist nichts zu brechen und zu deuteln. Das Amt des Reichspräsidenten beschränkt sich keineswegs auf formales Unterschriften.“

Da Hindenburg ratifizieren wird, billigt er also das neue „Diktat“ und das „dritte Versailles“, oder besser: Durch seine Unterschrift wird es überhaupt erst ermöglicht! Alles Drehen und Deuteln der Rechtspresse ändert nichts daran!

Erhöhung der Zuckersteuer, — mit solcher Belastung müßten die tschechischen Sozialdemokraten vor die Wähler gehen! Ihre Politik hat zehntausende wirklich sozialistisch Denkender und sozialistisch fühlender abgestoßen und den Kommunisten zugetrieben. Daß eine sozialdemokratische Partei die Konkurrenz mit den nationalsozialistischen Parteien trotz größtem Bemühen nicht erfolgreich zu führen vermag, wenn sie sich dem Nationalismus nähert, das bestätigt auch der Stimmengewinn der Tschechischen Sozialisten, einer stark kleinstädtischen Partei, die 110 000 Stimmen gewann und es auf 609 000 Stimmen brachte.

Was nun geschehen wird, ist ganz unklar. Für die Koalition wurden 3 185 801 Stimmen abgegeben, für die Opposition 3 474 138 Stimmen. Aber diese Stimmen der Opposition werden der Koalition zugute kommen. Die 99 520 Stimmen der Juden, die 98 000 Stimmen der tschechischen Nationalen, die 100 000 Stimmen einer neuen „Christlich-sozialistischen“ Partei, — um nur einige jener Parteien zu nennen, die im ersten Wahlgang kein Mandat bekamen und deren Stimmen nun schandenhalber auf die großen tschechischen Parteien ausgeteilt werden. Trotzdem werden die Regierungsparteien einen sehr schweren Stand haben. Von 300 Abgeordneten werden 145 der Opposition angehören.

Ob man sich helfen wird, indem man die bisher oppositionelle tschechische Gewerkepartei für die Koalition zu gewinnen versucht, ob man sich bemühen wird, eine ganz neue Mehrheitskonstruktion zustande zu bringen, — eine durch Verzichtung der autonomistischen kerfalsen Slowaken (was nur durch Gewährung großer Zugeständnisse möglich wäre), — alles das läßt sich heute kaum vermuten. Wenn die tschechischen Sozialdemokraten aus den Wahlen zu lernen vermögen, dann werden sie eine gründliche Revision ihrer Politik vornehmen müssen, werden sie, deren Einfluß in einer neuen allnationalen Koalition doch sehr gering wäre, die Sorge um die Regierungsbildung und um die Erhaltung des scheinnationalen Charakters des Staates den andern überlassen und Annäherung an die deutschen Sozialdemokraten suchen. Die Stärke der Kommunisten in der Tschechoslowakei, wo sie verhältnismäßig stärker sind als in allen andern europäischen Staaten, müßte für die tschechischen Sozialdemokraten eine sehr ernste Mahnung sein. Es ist leider zu fürchten, daß sie noch immer nicht stark genug ist. J. H.

Das amtliche Wahlergebnis

Frage 17. November. (S. 12.) Die bei den Wahlen für das Abgeordnetenhaus auf dem Gebiete der Republik abgegebenen Stimmen verteilen sich auf die einzelnen kandidierenden Parteien folgendermaßen:

Partei	Stimmen
1. Republikanische Agrar- und kleine Landwirte-Partei	971 389
2. Kommunistische Partei	931 769
3. Tschechoslowakische Volkspartei	589 970
4. Tschechoslowakische Sozialdemokraten	631 113
5. Tschechoslowakische Sozialisten	609 096
6. Bund der Landwirte und der Ungarisch-Nationalen	586 911
7. Slowakische Volkspartei (Kliska)	474 017
8. Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei	411 774
9. Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei	313 906
10. Gewerkepartei	287 839
11. Nationaldemokraten	294 233
12. Deutsche Nationalpartei	240 893
13. Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei	167 312

Das Einheitsbett

Von Kurt Geinig

Genosse Geinig befindet sich seit einiger Zeit auf einer Reise durch Amerika. Wir geben hier einen seiner Berichte wieder, der sich mit der Lage der amerikanischen Arbeiter beschäftigt.

Eines der Hauptargumente der deutschen Unternehmer als Entschuldigung für ihre hohen Warenpreise ist, daß in Deutschland das Individualprodukt eine gleichmäßige Massenherzeugung und damit die entscheidende Verbilligung der Ware nicht gestattet. Gewissermaßen wissenschaftlich fundiert wurde diese Behauptung durch Rodweiss und Vergleiche, die der amerikanischen Warenproduktion entnommen sein sollten. Hier seien Normierung und Typisierung der Schmelze aller Preisgeheimnisse. Im besonderen ist es Köttgen, der Generaldirektor der Siemens-Schuckertbetriebe, mit seinem Buche über „Das wirtschaftliche Amerika“ gewesen, der jenes Unternehmerrargument fundiert hat. Köttgen hat in wenigen Wochen eine Galoppreise durch die Vereinigten Staaten gemacht, überall hat er sich die Taschen mit Statistiken vollstopfen lassen. Danach hat er jene Entschuldigungsformeln fabriziert, die sämtlich mit den Worten beginnen: Ja, wenn es in Deutschland so wäre wie in Amerika, dann könnten wir billiger produzieren.

Sicherlich sind die Vereinigten Staaten mit ihren nahezu 120 Millionen Einwohnern ein günstigerer Boden für Massenabsatz als Deutschland mit 65 Millionen Einwohnern. Aber wenn man den Grad der Entwicklung zur einheitlichen Massenherzeugung, zur Normierung und Typisierung in Deutschland und in Amerika miteinander vergleicht, kommt man doch zu wesentlich andern Ergebnissen als Köttgen.

Er behauptet unter andern, daß im besonderen die häuslichen Gebrauchsgegenstände, z. B. die Betten, in Amerika zu nahezu völliger Formen- und Qualitätsseinheit gebracht worden seien. Die Zahl der Betttypen mit Sprungfedern und Matrassen sei im Wirtschaftsbereich der Vereinigten Staaten von 78 auf 4 herabgesetzt worden. Solche Normierung führe natürlich zur Verbilligung. In Deutschland sei das leider nicht möglich.

Wir wohnen hier in den Vereinigten Staaten bisher in den verschiedensten Städten in den Nischenhotels mit 1000 und mehr Zimmern, wie sie neuerdings gebaut werden. Wir fanden kein Einheitsbett, sondern in allerneuesten, eben erst eröffneten Betrieben dieser Art häufig in jeder Etage, mitunter sogar auf den gleichen Stockwerken in den einzelnen Zimmern verschiedene Bettformen und Qualitäten, das gleiche war natürlich in den älteren Hotels der Fall.

Wir gingen in die Möbelabteilungen der Warenhäuser für den Mittelstand und in die Kaufhäuser, in denen die Arbeiter kaufen. In einem der größten und am weitesten verbreiteten Warenhäuser Amerikas fanden wir einige hundert verschiedene Bettformen und Arten. Wir befragten uns über die Standard-Betten, über diejenigen Typen, die Massenumfänge ergeben und hier wurden die verschiedensten Typen angegeben. Wir befragten die amerikanischen Gewerkschafter